



Aus dem Magazin:

Interview: »Wichtig für Opferschutz«

Schleswig-Holsteins
Innenministerin über
Gleichstellung und
LSBTI-Polizisten

Seite 7 – 8

Blutspende: Richtlinie überarbeiten!

Die Frage ist nicht,
ob, sondern wer
die Hämotherapie-
Richtlinie überarbeitet

Seite 15

TSG-Reform: Selbstbestim- mung für alle!

Ein neuer
Gesetzentwurf
bringt Schwung
in die Debatte

Seite 16

Aufgeheizte Stimmung

Wie die Corona-Pandemie und Polizeigewalt
den Pride-Monat prägten – Seite 4 bis 14



Die diesjährige CSD-Saison hat etwas Surreales. Da ist einerseits der Umstand, dass aufgrund der Corona-Pandemie überall die Demonstrationen und **bunten Straßenfesten ausfallen**. Auf der anderen Seite weht in diesem gerade zuendehenden Pride-Monat eine Rassismus-Debatte über den Atlantik zu uns, die wichtig ist, keine Frage. Sie bringt aber auch eine Menge von falschen Vergleichen, Assoziationen, Verkürzungen und Überspitzungen mit sich, die zum Teil zu merkwürdigen Allianzen führen.

Ja, Rassismus ist ein jahrhundertes Problem, das unendliches Leid über Millionen von Menschen gebracht hat und noch immer bringt. Dass Menschen überall auf der Welt dagegen aufstehen und die Spirale von Ressentiments, Vorurteilen und letztlich Gewalt durchbrechen wollen, ist ein gutes Zeichen. Wenn aber Zustände und Stereotype unkritisch von einem Land auf ein anderes übertragen werden, läuft nicht nur etwas schief, sondern man bedient sich dann auch des gleichen Schwarz-Weiß-Denkens und der undifferenzierten Verkürzung, die man Rassisten zurecht vorwirft. So erscheint die Einladung von Schwarzen in deutsche Talkshows und zu Gastbeiträgen in großen Zeitungen zum Beispiel auf den ersten Blick

naheliegend. Sie erkennt aber, dass hierzulande Menschen mit arabischen Wurzeln, die schon rein zahlenmäßig zum Thema Alltagsrassismus und Diskriminierung sicher viel mehr zu sagen hätten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht die Bundesrepublik Deutschland und die amerikanische Polizei ist nicht die deutsche. Das soll auch vorhandene Probleme nicht kleinreden, aber wir müssen den Blick auf die Spezifika unseres Landes richten, ohne dabei Maß und Mitte zu verlieren. Dies haben wir in dieser Ausgabe einmal versucht. So befassen wir uns auf den Seiten 5 und 6 mit den Unterschieden zwischen den Polizeibehörden der Vereinigten Staaten und Deutschlands. Um dieses Schwerpunktthema ging es auch bei unserer ersten Online-Veranstaltung unter dem neuen Motto „LSU zur Sache“ (Seite 4). Wie sich das Verhältnis zwischen **LSBTI-Community und Polizei** seit den Zeiten der ersten CSDs in Deutschland gewandelt hat, beleuchten wir ebenso auf Seite 4.

Äußeres Zeichen dieser Veränderung sind die LSBTI-Ansprechpersonen, die es inzwischen in vielen Landespolizeien gibt. Mit der neuen **Innenministerin in Kiel, Dr. Sabine Süttelin-Waack**, die auch Mitglied der LSU ist, sprachen wir unter anderem über

das dortige **Pilotprojekt für eine LSBTI-Kontaktstelle bei der Polizei Schleswig-Holstein** (Seite 7 bis 9). Wie wichtig nicht nur Solidarität, sondern auch ein starker Rechtsstaat bei der Bekämpfung von Diskriminierung ist, zeigte sich bei LSBTI-feindlichen **Schmierereien an der Fassade des queeren Jugendzentrums** in Hannover. Ratsfrau Georgia Jeschke hat hierzu für die CDU deutlich Position bezogen (Seite 10). Natürlich berichten wir gerade in diesem Monat auch über die etwas anderen **CSDs in Hannover und Oldenburg** (Seite 11 bis 13) und über unseren digitalen CSD (Seite 14).



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen

Foto: CDU Fraktion Niedersachsen

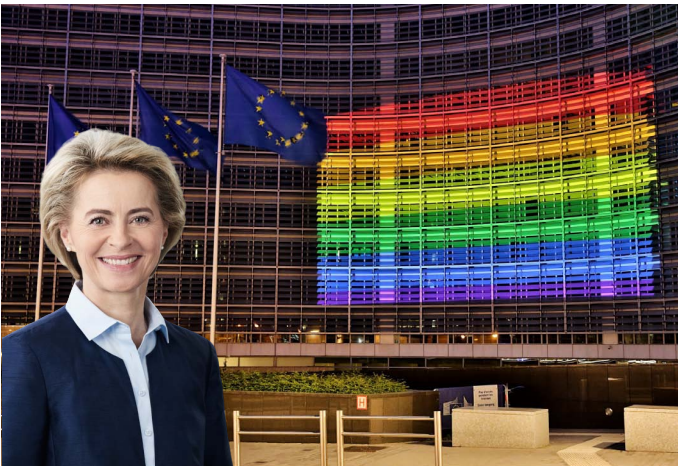


Toepffer für Althusmann

Fraktionschef empfiehlt Spitzenkandidaten

Dirk Toepffer, CDU-Fraktionschef im Niedersächsischen Landtag, hat sich für **Bernd Althusmann** als Spitzenkandidat der Niedersachsen-Union bei der nächsten Landtagswahl ausgesprochen. „Ich will den Parteigremien nicht vorgreifen, aber aus Sicht der Fraktion darf ich sagen, dass die Frage des Spitzenkandidaten geklärt ist“, sagte Toepffer im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung. Die Landtagswahl soll im Herbst 2022 stattfinden. 🌐

Foto: Jan Kopetzky; EU Kommission



Von der Leyen für Vielfalt

Klares Statement zum IDAHOBIT

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, hat am Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, und Transphobie (IDAHOBIT) ein klares Zeichen gesetzt. Am Vorabend des 17. Mai wurde der Hauptsitz der Europäischen Kommission, das Berlaymont-Gebäude in Brüssel, in den Farben des Regenbogen angestrahlt. Auf Instagram teilte von der Leyen das Bild mit den Worten: „Jeder von uns ist einzigartig. Wir sind alle wichtig. Lasst uns Vielfalt leben.“ 🌐

Foto: LSU



Teil der Niedersachsen Union

LSU steht nun auch auf dem Türschild

Dass die LSU in Niedersachsen selbstverständlich zur Niedersachsen Union dazugehört, ist uns schon lange klar. Doch jetzt gibt es auch nach außen hin ein schönes, deutlich sichtbares Zeichen dafür: Mitte Mai erreichte uns eine Nachricht vom CDU-Landesgeschäftsführer **Christian Meyer**, der mitteilte, dass das neue Türschild am Hasselmann-Haus angebracht wurde. Zwischen KPV und MIT, alphabetisch sortiert, steht da jetzt auch die LSU. 🌐

Foto: LSU



Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Ein schwieriges Verhältnis

Vielfalt und die Staatsgewalt – das passte noch nicht immer

Vor 40 Jahren fand die erste Pride-Demonstration Hamburgs statt, damals noch als „Stonewall-Demo“ in Anlehnung an die „Stonewall Riots“ von 1969. Unter dem Motto „Gegen die Diskriminierung der Homosexuellen. Wir sind viele“ zogen damals rund 1.500 Personen vom Hansaplatz durch die Innenstadt zum Sternschanzenpark, wo ein abschließendes Picknick geplant war.

Doch das Verhältnis zwischen Polizei und LSBTI-Community war damals noch ein anderes. Die Polizei machte aus einem weißen VW-Bus heraus Fotos und Filmaufnahmen der Demonstranten. Daraufhin kam es zur Eskalation mit den Einsatzkräften, von denen die Herausgabe der Filme gefordert wurde. Eine Sitzblockade des Busses wurde von der Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken und Reizgas brutal beendet, wie die Organisatoren des Hamburg Pride dieser Tage noch einmal berichteten.

Die Polizei habe zwar Foto- und Filmaufnahmen zugegeben, bestritt aber die weitere Existenz einer Überwachungskartei (Rosa Listen), die über Jahrzehnte von ihr geführt worden sei.

Fotos: Chris Lambertsen „Schwul-lesbische Sichtbarkeit. 30 Jahre CSD in Hamburg“ (2011), www.chrislambertsen-limited-edition.de/books/bk01-a.html



Foto: Chris Lambertsen (2)

Vielfalt bei der Polizei Niedersachsen

LSBTI und Polizei ist erstes Thema bei neuem Talk-Format

Kann eine Uniform für Vielfalt stehen? Mit Savas Gel, dem Leiter des Dezernats für Kriminalitätsbekämpfung und Prävention in der Polizeidirektion Hannover, hat die LSU in Niedersachsen ein neues Talk-Format eingeläutet. In der Premieren-Veranstaltung ging es um die Frage, wie gut die Polizei mit Vielfalt umgehen kann – mit Menschen mit Migrationshintergrund genau wie mit Lesben und Schwulen. Savas Gel hat sich bereits in seiner Masterar-



beit intensiv mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt. Darin rät er dem Land Niedersachsen, den vermittelnden „Zwischenraum“ zwischen der von der Füh-

rung festgelegten „Polizeikultur“ und der an der Basis gelebten „Polizistenkultur“ genau in den Blick zu nehmen. Dieser Raum der Aushandlung sei elementar, damit Leitbilder der Vielfalt auch gelebt würden.

Im nächsten (natürlich virtuell abgehaltenen) Fachgespräch möchte die LSU mit Leon Dietrich, LSBTI-Ansprechperson der Polizei Niedersachsen, ins Gespräch kommen. [Anmeldung: niedersachsen@lsu-online.de](mailto:niedersachsen@lsu-online.de)

Foto: PD Hannover

Die Polizei, dein Freund und Helfer?

Wer die Polizei pauschal verdächtigt, schadet unserer Republik

Von Sven Alexander van der Wardt

Die Polizei, dein Freund und Helfer“, mit diesem Satz bin ich – und manch anderem mag es ähnlich gehen – aufgewachsen. Meine Großeltern haben ihn in meiner Erinnerung erstmals gebraucht. Durch Präsenz des jeweiligen Kontaktbeamten in der Schule, Verkehrserziehung und das Verteilen der begehrten Prüfplaketten nach bestandener Fahrradprüfung verstärkten dieses Bild. An die kannst du dich im Notfall wenden, die helfen dir, die beschützen dich – denen kannst du vertrauen.

In der Psychologie spricht man ja von Urvertrauen, das man im Idealfall zu den Eltern hat. So weit würde ich hier nicht gehen; schon die Sorge, man könne mir die Sehnsucht nach einem paternalistischen Staat vorwerfen, bremst mich da. Aber ein Grundvertrauen gegenüber der sichtbarsten Erscheinungsform des Staates haben diese Kindheitserinnerungen schon bewirkt. Ob nun Ur- oder Grundvertrauen, so oder so gilt: Ist es gestört, bedeutet dies meist nichts Gutes – persönlich wie gesellschaftlich.

Vertrauen in staatliche Institutionen wird von verschiedenen Seiten attackiert

Seit einiger Zeit beobachte ich nun mit Sorge, dass dieses Vertrauen in staatliche Institutionen im Allgemeinen und in die Polizei im Besonderen, das für ein funktionierendes Gemeinwesen unabdingbar ist, von unterschiedlichen Seiten attackiert und in Frage gestellt wird. Die Polizei ist nicht mehr Freund und Helfer, der als Verkörperung des staatlichen Gewaltmonopols unser aller Sicherheit verbürgt, sie ist in diesem Weltbild der Feind, der gegen die Bevölkerung den diffusen Willen weit entfernter Machthaber knüppelnd exekutiert. Dies fällt mitten in die Corona-Pandemie. Bei der Durchsetzung der Kontaktsperren kamen eben auch Polizeiwagen mit Lautsprecherdurchsagen zum Einsatz. Für uns Deutsche ein ungewohnter bis verstörender Anblick.

Schreckliche und schockierende Bilder der brutalen und tödlich endenden Behandlung George Floyds durch Polizisten, führen nun zu gefährlichen Analogiebildungen – auch in Teilen der Community – in Bezug auf die Verhältnisse in Deutschland. Ein in seiner Intention sicher zu begrüßendes Antidiskriminie-

Stonewall was a Riot, aber...

Ja, Stonewall was a Riot. Die Geburtstunde des Christopher Street Days war ein Aufstand, eine blutige, gewaltvolle Straßenschlacht in New York 1969. Afroamerikanische Drags, Stricher, mittellose Homosexuelle gegen den Staat in Form der Polizei.

Viele fühlen sich dieser Tage daran erinnert, weil der Start in den Pride-Monat Juni mit der brutalen Ermordung von George Floyd in Minneapolis zusammenfiel. Und es ist nicht falsch, jetzt zu sagen, dass kein CSD ohne das Gedenken an Floyd aber auch Vorkämpfer wie Marsha P Johnson und andere ablaufen darf. Schwule, die sonst zur Demo für Freiheit aufrufen, sollten jetzt auch Solidarität mit den People of Colour zeigen.

Aber! Die Homosexuellenbewegung in Deutschland geht nicht auf einen Aufstand zurück. Die Homosexuellenbewegung in Deutschland geht zurück auf Karl Heinrich Ulrichs, einen Juristen, der am Ende des 19. Jahrhunderts bereits vom Deutschen Juristentag für die Freiheit der „Urnigen“ (wie er Schwule nannte) und sogar die „Urnigen“ kämpfte. Die Homosexuellenbewegung in Deutschland geht zurück auf den Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld. Die Homosexuellenbewegung in Deutschland geht zurück auf den Filmschaffenden Rosa von Praunheim und ein ausgeprägtes Vereinsleben.

Unsere Rechte, unsere Freiheiten hat man nicht in Straßenschlachten und mit Blut und Feuer erkämpft, sondern schon in den 1960ern im Parlament erstritten. Der erste CSD in Deutschland fand derweil erst 1979 statt. Die Wurzeln also sind ganz andere. Der Weg war ein anderer, die Mittel waren andere.

runngesetz in Berlin, das aber unter Umkehrung der Beweislast gerade Sicherheitskräfte unter eine Art Generalverdacht stellt, birgt mindestens die Gefahr, ein Freund/Feind-Schema gesetzgeberisch zu grundieren.

Dabei sprechen schon die nackten Zahlen gegen eine verkürzende Gleichsetzung US-amerikanischer und deutscher Gegebenheiten. Laut „statista“ sind in den USA von 2015 bis heute 5.338 Menschen bei Polizeieinsätzen getötet worden. In der Bundesrepublik waren es im selben Zeitraum 54 Menschen.

Insgesamt machten deutsche Polizisten in den Jahren 2018 und 2017 insgesamt lediglich 131 mal von der Schusswaffe Gebrauch – bei aktuell etwa 260.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Um nicht missverstanden zu werden: Die Tötung eines Menschen ist natürlich immer nur die eklatanteste Form von sogenannter Polizeigewalt und am genauesten und kritischsten zu hinterfragen.

Es gibt Polizeigewalt, das will niemand wegdiskutieren

Der ehemalige Leiter des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, machte in einem Interview weitere wichtige Unterschiede zwischen den USA und Deutschland aus. So sei der Frauenanteil innerhalb der deutschen Polizei signifikant höher, was sich nachweisbar deeskalierend auswirke. Zudem rekrutiere sich ein nicht unerheblicher Teil der amerikanischen Polizisten aus ehemaligen Armeeangehörigen. Diese Veteranen mit Fronterfahrung würden in Schnellkursen zu Polizeibeamten ausgebildet. Ein Verfahren, das mit der umfassenden und fundierten Polizeiausbildung in Deutschland auch nicht ansatzweise vergleichbar ist. Ein dritter Punkt ist die Veränderung der Erziehungsmethoden in der Bundesrepublik in den letzten 50 Jahren. Hier hat das Recht auf ein gewaltfreies Aufwachsen nicht nur Verfassungsrang, sondern ist breiter gesellschaftlicher Konsens. In den USA ist an 19 Staaten allein die Prügelstrafe an Schulen noch legal. Was Gewalterfahrungen in der Kindheit und anerzogene Rollenverständnisse, Vorurteile und Ressentiments für einen Einfluss noch auf den



Streetart in Erfurt:
Zwei küssende Polizisten

erwachsenen Menschen haben, ist bekannt. Nicht umsonst ist uns als LSU in Niedersachsen auch und gerade das Bildungsthema so besonders wichtig.

Dies zeigt sich auch in einem Problem, das auch Pfeiffer durchaus erkennt. Polizisten und Polizistinnen sind überproportional häufig mit Tätern mit Migrationshintergrund konfrontiert. Dabei müssen diese mitnichten krimineller sein als andere. Die Bereitschaft bei Beteiligung von Menschen dieses Hintergrunds die Polizei überhaupt einzuschalten, ist sehr viel höher.

Dass rassistische Tendenzen innerhalb der Polizei befördern kann, ist unzweifelhaft ein Problem, liegt aber letztlich an uns allen.

Überhaupt soll das Vorhandensein von Polizeigewalt überhaupt nicht wegdiskutiert werden. Es gibt sie, dessen sind sich alle Beteiligten bewusst und dagegen muss und wird angegangen. Vielleicht ist der Hinweis auf eine unabhängige Beschwerdestelle, die auch Beamte der Problematik von Ermittlungen gegen eigene Kollegen entheben könnte, ein guter zusätzlicher Ansatz, den wir politisch weiter verfolgen sollten.

Gerade aber für LSBTI will die Polizei zunehmend Partner sein – zahlreiche Projekte und die Etablierung von LSBTI-Ansprechpersonen belegen dies. Wenn wir aber Opfer homophober Übergriffe ermutigen wollen, Anzeige zu erstatten und in der Folge durch separaten Ausweis in der Kriminalitätsstatistik diese Straftaten öffentlich und transparent machen wollen, können und dürfen wir nicht auf der anderen Seite wieder Misstrauen säen. Damit erwiesen wir unseren eigenen Interessen einen Bärendienst.

Wir sollten Probleme sachlich benennen und konstruktiv daran mitwirken, diese zu beheben. Insgesamt kann sich die LSU aber nur unterstützend hinter unsere Polizei stellen. Wer das Grundvertrauen in die Institutionen unseres Staates zerstört, legt damit die Axt an unsere freiheitlich-demokratisch verfasste Republik und zerstört damit letztlich, was er zu verteidigen vorgibt. Er besorgt damit das Geschäft von Extremisten, Reichsbürgern und Verschwörungstheoretikern. Das wäre eine unheilige Allianz von links und rechts.



Schleswig-Holstein

»Die CDU Schleswig-Holstein deckt die Themen der LSU ziemlich gut ab«

Interview mit Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack

Sabine Sütterlin-Waack (CDU) ist seit kurzem die neue Innenministerin von Schleswig-Holstein. Zuvor war sie im nördlichsten Bundesland der Republik für die Justiz verantwortlich. Wir sprachen mit ihr über das Pilotprojekt zu LSBTI-Ansprechpersonen bei der Polizei, das Gleichstellungs-Ressort und ihre LSU-Mitgliedschaft.

LSU: Zunächst noch einmal unseren herzlichen Glückwunsch zum neuen Amt! In Ihre Zuständigkeit als Innenministerin von Schles-

wig-Holstein fällt nun auch das Pilotprojekt zu LSBTI-Ansprechpersonen bei der Polizei. Wie ist da der Stand der Dinge? Wie bewerten Sie dieses Projekt? Ist an eine dauerhafte Etablierung gedacht?

Sütterlin-Waack: Die Landespolizei in Schleswig-Holstein hat mit diesem Pilotprojekt der Ansprech- und Kontaktstelle einen wichtigen Beitrag zum Opferschutz für Geschädigte mit LSBTIQ*-Hintergrund geleistet. Die Vernetzung in der „LSBTIQ*-Community“ in Schleswig-Holstein wurde erfolgreich aufge-

baut und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Landespolizei zu dem Thema sensibilisiert. Durch die vertrauensbildenden Maßnahmen und den gestiegenen Bekanntheitsgrad in den sozialen Medien gab es direkten Kontakt zu Opfern von LSBTIQ*-Straftaten. Die bisherigen Rückmeldungen zeigen, dass die Akzeptanz und das Ansehen für die Ansprechpersonen und für die Landespolizei in diesem Bereich gewachsen sind. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Etablierung des Themas in der Aus- und Fortbildung. Dies ist

ebenfalls gelungen und das wollen wir weiter fördern und fortsetzen.

LSU: Bei Ihrem Wechsel vom Justiz- ins Innenministerium haben Sie auch die Zuständigkeit für die Gleichstellungspolitik mitgenommen. Ihr Nachfolger im Justizressort ist nun ein Mann. Etwas zugespitzt gefragt: Kann nur eine Frau Gleichstellungspolitik? Wo sehen Sie hier die drängendsten Aufgabe?

Sütterlin-Waack: Natürlich können auch Männer Gleichstellung! Das Referat hätte auch weiterhin

und ich bin sehr froh, dass ich mich als Gleichstellungsministerin Schleswig-Holsteins weiter dafür einsetzen kann und auch einsetzen werde.

LSU: Sie sind 2018 in die LSU eingetreten. Das freut uns sehr. Doch in Schleswig-Holstein haben wir noch immer keinen eigenen Landesverband gegründet. Manche sagen, das müssen wir auch gar nicht, weil die CDU hier ohnehin unsere Anliegen auf der Agenda hat. Wie sehen Sie das, brauchen wir eine LSU Schleswig-Holstein und wie könnten wir das gemeinsam angehen?

Sütterlin-Waack: Gemeinsam mit unserem Bundesvorsitzenden Alexander Vogt haben wir einen Versuch unternommen, einen Landesverband LSU zu gründen. Das hat leider nicht geklappt. Es scheint aber so zu sein, wie Sie vermuten: Die CDU Schleswig-Holstein deckt die Themen der LSU ziemlich gut ab.

Neue Serie: LSU im Norden



Schleswig-Holstein
Hamburg
Niedersachsen
Bremen
Mecklenburg-Vorpommern

gut ins Justizministerium gepasst. Aber mir ist das Thema sehr ans Herz gewachsen. Auf der einen Seite ging es mir darum, dass ich weiterhin in dem Bereich arbeiten darf. Auf der anderen Seite hätte ich das Zeichen tatsächlich ein bisschen komisch gefunden, wenn die zwei Männer an der Spitze des Justizministeriums für Gleichstellung zuständig wären. Natürlich haben wir an der einen oder anderen Stelle auch mit der Gleichstellung von Männern zu tun, aber das ist einfach eher die Ausnahme – das muss man so sagen. Es ist mir wichtig, dass Frauen in unserer Welt die ihnen gebührende Rolle spielen. Ich finde es furchtbar – und das habe ich als Anwältin viel erlebt – wenn Frauen unterdrückt und benachteiligt werden – einfach weil sie Frauen sind. Ich möchte, dass Frauen in allen Bereichen gleichbehandelt werden



Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther ernennt Sabine Sütterlin-Waack zur Innenministerin.



Beim Jubiläumsempfang der LSU im Sommer 2018 unterzeichnet Sütterlin-Waack ihren Mitgliedsantrag.



„Die bisherigen Rückmeldungen zeigen, dass die Akzeptanz und das Ansehen für die Ansprechpersonen und für die Landespolizei in diesem Bereich gewachsen sind.“

Weniger Stellen nach Pilotphase?

Schleswig-Holstein evaluiert „LSBTIQ*-Ansprechstelle“

Im Mai 2018 freute sich die LSU: Als ein Ergebnis ihrer Kampagne „Nein zur Hassgewalt“ hat Schleswig-Holsteins damaliger Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) erklärt, im nördlichsten Bundesland werde jetzt ein Pilotprojekt mit einer Ansprechstelle für LSBTIQ* bei der Landespolizei initiiert. In den vergangenen Wochen lief die Evaluation des Projekts, dessen Gesicht Jens Puschmann ist (Foto). Über die Ergebnisse wird aktuell diskutiert.

Mit einem einjährigen Pilotprojekt wurde im Weiteren die aktive Arbeit im polizeiexternen sowie auch polizeiinternen Netzwerk durch die Einrichtung der Zentrale Ansprechstelle LSBTIQ* aufgenommen. Besetzt mit zwei Ansprechpersonen im Hauptamt, Jens Puschmann und Tobias Kreuzpointner, wurden Kontakte und Vertrauen in der Community aufgebaut und die eigene Funktion in der Polizei bekannt gemacht. Gesamtpolizeiliches Ziel war es, einen Beitrag dafür zu leisten, dass Straftaten zum Nachteil dieser Minderheitengruppe vermehrt angezeigt werden (Dunkelfeldaufhellung) und Opfern zügiger Hilfe angeboten wird. So konnte es der Landespolizei Schleswig-Holstein besser gelingen, aktiv einen wichtigen Beitrag zum Opferschutz für Geschädigte mit LSBTIQ*-Hintergrund zu leisten.

Die Einrichtung der Zentralen Ansprechstelle LSBTIQ* habe sich in der jetzigen Form bewährt, heißt es aus Kreisen der Polizeigewerkschaft. Die Ansprechpersonen hätten sich in der LSBTIQ*-Community in Schleswig-Holstein erfolgreich vernetzt. Durch vertrauensbildende Maßnahmen und anwachsenden Bekanntheitsgrad in den sozialen Medien hätten mehr Opfer von LSBTIQ*-Straftaten Anzeigen erstattet. Polizeiintern seien die Ansprechpersonen nach den Informations- und Fortbildungsveranstaltungen bei Auszubildenden, Studierenden und dem Bestandspersonal zunehmend häufiger angefragt worden.

Die Ansprechpersonen selbst stellten fest, dass viele Menschen in der Community ein gespaltenes Verhältnis zur Polizei haben. Aus ihren Schilderungen wurde bekannt, dass nicht alle positive Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben und sie als „Freund und Helfer“ sehen beziehungsweise sehen können. Immer noch wirkt die Verfolgung homose-



Jens Puschmann ist das Gesicht der LSBTIQ*-Ansprechstelle bei der Polizei Schleswig-Holstein.

xueller Männer gemäß Paragraph 175 Strafgesetzbuch nach und hat keinen positiven Beitrag für das Image der Polizei geleistet, wissen Betroffene zu berichten.

Mit dem schleswig-holsteinischen Pilotprojekt sei ein Beitrag für mehr polizeiliche Sichtbarkeit in der Fläche geleistet worden, schlussfolgert man in Gewerkschaftskreisen. Durch die vertrauensbildenden Maßnahmen wuchsen die Akzeptanz und das Ansehen für die Ansprechpersonen und für die Landespolizei innerhalb der Community. Das zeige, dass das bislang gestörte Verhältnis zur Polizei teilweise korrigiert werden konnte.

Allerdings: Die schleswig-holsteinische Polizeiführung beabsichtigt offenbar, nach der Pilotphase nur noch einen von zwei hauptamtlichen Ansprechpersonen weiter zu beschäftigen. Mit dieser Entscheidung wird das bewährte Arbeitsmodell beendet. Vergleichbar arbeiten die Polizeien in Hamburg und Berlin seit Jahren erfolgreich mit zwei hauptamtlichen Ansprechpersonen. In Niedersachsen gibt es insgesamt zehn Polizistinnen und Polizisten, die zumindest mit einem gewissen Stundenkontingent als LSBTI-Ansprechpersonen in ihrer jeweiligen Polizeidirektion eingesetzt sind. Die LSU in Niedersachsen hofft, dass die Verantwortlichen in Schleswig-Holstein ihre Entscheidung noch einmal überdenken, und auch künftig die LSBTIQ*-Kontaktstelle mit mehr als einer Stelle besetzen. Auch ein dezentrales Konzept wie hierzulande ist zu bedenken.

Hassparolen am queeren Jugendzentrum

CDU-Ratsfraktion Hannover verurteilt Schwulenfeindlichkeit

Ende Juni haben Unbekannte homophobe Hassparolen an die Fassade von Hannovers queerem Jugendzentrum geschmiert. In einer aktuellen Stunde im Rat der Landeshauptstadt verurteilt die CDU-Ratsfrau Georgia Jeschke diese feige Tat. Wir dokumentieren ihr Statement:

»Das QueerUnity ist ein Schutzraum und eine Rückzugsmöglichkeit für junge lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen. Wir alle wissen – und die niedersächsische Kinder- und Jugendkommission hat es erst gestern wieder hervorgehoben – wie wichtig Freiräume und eben solche Rückzugsmöglichkeiten für die Entwicklung von jungen Menschen sind. Bei jugendlichen LSBTI mag dieses Bedürfnis, Gleichgesinnte zu finden, zu treffen und sich auszutauschen, noch einmal viel stärker sein – es braucht vor allem eben diesen besonderen Raum!

Als ein solcher Ort war und ist dieses erste queere Jugendzentrum Niedersachsens konzipiert. Meine Fraktion hat die Einrichtung daher von Anfang entschieden befürwortet, und unterstützt schon lange auch den Betreiber: den andersraum e.V.. Umso erschrockener waren wir, als wir erfahren haben, dass am vergangenen Wochenende die Fassade des QueerUnity mit Hassparolen beschmiert wurde. Um es klar zu sagen: Hannover ist eine tolerante und weltoffene Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger sich von solchen Hassparolen nicht einschüchtern lassen. Hier wurde versucht, durch Schmierereien ein Klima der Angst zu erzeugen, zumal es sich bei dem Jugendzentrum um einen besonderen Ort des Rückzugs und Schutzes handelt. So etwas lassen wir in unserer Stadt nicht zu!

Von Bundespräsident Gustav Heinemann – unter anderem Wegbereiter der Abschaffung des § 175 Strafgesetzbuch – stammt der Satz, man erkenne den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt. Insofern sind Angriffe auf Minderheiten, gleich aus welcher Richtung, immer auch Angriffe gegen unsere Grundwerte, gegen die Mitte der Gesellschaft und damit gegen uns alle. Diesen müssen wir entschlos-

sen entgegentreten. Ich freue mich daher über die vielen Zeichen der Solidarität, die das QueerUnity im Verlauf der letzten Woche erhalten hat.

Als CDU-Fraktion setzen wir uns aber nicht nur für Vielfalt und Freiheit ein. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger – aller Menschen, die sich in dieser Stadt aufhalten, ist uns besonders wichtig. Daher begrüßen wir es, dass das Team vom QueerUnity Anzeige erstattet hat. Wir wissen, dass diese Anzeige bei der Polizei ernstgenommen wird. Auch weil wir zum Glück bei der Polizei extra Ansprechpersonen für LSBTI haben. Es ist wichtig, dass der Rechtsstaat an dieser Stelle deutlich macht, dass hier eine Grenze überschritten wurde. Aus verbaler Gewalt darf in gar keinem Fall physische Gewalt werden, nirgends, gegen niemanden.

Auch wenn wir uns in der Union wünschen, dass es all diese besonderen Schutzorte und besonderen Ansprechpersonen in unserer Gesellschaft bald nicht mehr braucht, erinnert uns diese feige Tat einmal mehr daran, dass sowohl die Schutzräume als auch die Ansprechpersonen ihre Berechtigung haben. Dieser Schulterschluss, der sich hier gerade vollzieht, ist ein wichtiges Zeichen. Denn wir drücken damit genau das Gegenteil von dem aus, was die Schmierfinken mit ihren ätzenden Parolen erreichen wollten. Sie wollten uns auseinandertreiben, sie wollten unsere Gesellschaft spalten. Aber das lassen wir nicht zu. When they go low, we go high.

Die Jugend ist widerstandsfähig. Auch diese Botschaft vermitteln Fachleute immer wieder, wenn wir Erwachsenen uns wieder zu viele Sorgen um die vermeintlich Kleinen und Schwachen machen. Auch die Jugendlichen und Jugendgruppen, die sich im QueerUnity treffen, haben diese psychische Widerstandsfähigkeit, die Resilienz in den vergangenen Tagen bewiesen. Mit Plakaten an den Fensterscheiben haben sie auf die Schmierereien an der Fassade reagiert: „Für eine Welt voller Vielfalt.“ „Wie könnt ihr nur hassen, dass Menschen sich lieben?“ „Ihr seid hier willkommen, lasst euch nicht einschüchtern.“

Genau so ist es. Liebes QueerUnity, wir stehen an eurer Seite. Wir lassen uns nicht einschüchtern.«



Eine gelungene Premiere

Wegen Corona fand in Hannover der erste digitale CSD statt

Die kleinen technischen Pannen zu Beginn der Übertragung waren schnell vergessen und leicht verziehen. Denn schließlich war es eine absolute Welt-premiere, als am Pfingst-sonntag der erste Christo-pher Street Day in digitaler Form stattgefunden hat. In Kooperation mit der Staatsoper Hannover hat der Andersraum einen mehrstündigen Videostream zum Start in die Pride-Saison organi-siert. Viele CSDs müssen in diesem Jahr Corona-bedingt ausfallen, doch noch in man-chen anderen Städten wird es virtuelle Variationen ge-ben. Deshalb hat die Com-munity in Oldenburg, Mün-chen, Frankfurt oder Berlin sicher ganz besonders ge-nau hingeschaut, als Hanno-ver den Standard für dieses Jahr definiert hat.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte Niedersachsens größte Menschenrechtsdemo nicht als Parade und Straßenfest auf dem Opernplatz statt-finden. Doch wer an diesem sonnigen 31. Mai zu-fällig am Opernhaus vorbeikam, konnte trotzdem nicht übersehen, dass irgendetwas besonderes vor sich ging. Schon von weitem sah man Goethe, Schil-ler und die anderen steinernen Kulturbotschafter auf dem Balkon des Opernhauses in ungewohnter Pracht glänzen. Mit Federboa, Tütü, Perücken und Regenbogenfahne waren die Statuen ausstaffiert und brachten so zumindest ein bisschen was von dem üblichen bunten Treiben in die hannöversche Innenstadt. Und auch die Botschaften fehlten nicht. Die Organisatoren hatten im Vorfeld jede Menge selbstgestaltete Plakate gesammelt, die die Teilneh-mer in normalen Zeiten beim Demonstrationszug durch die Stadt hochgehalten hätten. Nun lagen sie in großen Herzen auf dem Opernplatz und ließen



Flagge zeigen in schweren Zeiten: Die Staatsoper im Einsatz für Vielfalt, Freiheit und Europa.

die Vorbeischlendernden wissen, was wir fordern und wofür wir stehen.

CDU thematisiert die Lage in Polen

Das Programm, das aus dem Laves-Foyer hinterm Opernhausbalkongestreamt wurde, war bunt gemischt und sehr gut ausgewogen, wie man es vom CSD.Hanno-ver gewohnt ist. Seitdem das Organisationsteam rund um Corinna Weiler vom Anders-raum die Planung des Events übernommen hat, ist es wieder deutlich politischer geworden. Neben einem Grußwort des Ministerprä-sidenten Stephan Weil oder des Oberbürgermeisters Be-lit Onay gab es deshalb auch Videobotschaften diverser Parteien – natürlich auch von der CDU. Für uns sprach

Kai Seefried, Generalsekretär der Niedersachsen-Union, vom Leineufer hinterm Landtag. Inhaltlich setzte er dabei die Situation von LSBTI in Polen und Ungarn in den Fokus, denn dort werden Homose-xuelle zurzeit massiv ausgegrenzt und unterdrückt.

Mehr als 12.000 Mal wurde der Livestream zum CSD.Hannover insgesamt aufgerufen, wie die Or-ganisatoren zusammengerechnet haben. Damit kommt der digitale CSD noch nicht an sein Ori-ginal heran, denn beim CSD 2019 besuchten immer-hin 25.000 Leute den Opernplatz. Vergleichen kann man diese Reichweiten natürlich nicht. Ergänzen müsste man mindestens die Reaktionen auf die vie-len Videobotschaften, die auf allen möglichen Sei-ten im Internet kursieren.

Die Premiere vom digitalen CSD ist gelungen. Doch selbstverständlich wünschen wir uns alle, dass es im nächsten Jahr ein Wiedersehen auf dem Opernplatz geben kann.



Hannover hat jetzt Ampelpärchen

Die Anschaffung ist okay, aber noch keine LSBTI-Politik

An vier Kreuzungen in Niedersachsens Landeshauptstadt gibt es nun besondere Ampelmännchen an den Fußgängerüberwegen zu sehen. Die grünen Ampelsignale wurden mit Schablonen ausgestattet, die nun die Bilder von ganz unterschiedlichen Paar-Konstellationen aufleuchten lassen. Es gibt da zwei Männer, die Händchen halten und ein Herz in der Mitte haben. Und zwei Frauen. Und einen Mann und eine Frau.

Über den Antrag hinaus, zum Glück!

Die „Ampelmenschen“, wie die Figuren von der Ampel-Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP in Hannovers Rat getauft wurden, sollen für die Vielfalt unserer Partnerschaftsmodelle stehen. Dabei weicht die Ausführung der Verwaltung gleich in mehrerlei Hinsicht von der Ratsentscheidung ab. So sind die Bilder nur an den grünen Flächen montiert, weil das rote Stop-Signal hätte missverstanden werden sollen. Dann sind dort, was kaum einer merkt, auch heterosexuelle Paare zu sehen – was natürlich vollkommen in Ordnung ist. Und die Anbringung erfolgt nicht nur temporär zum CSD 2020 – sondern soll dauerhaft installiert bleiben. Das immerhin ist sogar ausdrücklich zu begrüßen, schließlich muss man solche Schablonen nicht extra anfertigen und anbringen, um sie dann nach zwei Tagen wieder im Keller des Rathauses verschwinden zu lassen.

Die Ampelpärchen sind nun da, und das ist auch in Ordnung. Wir als LSU haben uns zwar Anfangs kritisch geäußert. Und auch die CDU-Ratsfraktion schlug vor, stattdessen lieber anlässlich der Kulturhauptstadtwerbung „Nana“-Ampeln zu installieren. Doch genau so wenig wie Nana-Ampeln Kulturförderung ersetzen, ersetzen Ampelpärchen eine LSBTI-Politik.

Eine gute Investition in Zeiten der Krise?

Hannover muss sich dabei ja gar nicht verstecken. Erst vor kurzem wurde die Landeshauptstadt vom Völklinger Kreis mit dem Max Spohr Preis ausgezeichnet. Doch in anbetracht chronisch knapper Kassen und mit Blick auf existenzbedrohende Engpässe aufgrund der Corona-Pandemie muss die Frage erlaubt sein, ob das Geld nicht doch besser hätte eingesetzt werden müssen. Da muss man nun gar nicht wieder mit den sanierungsbedürftigen Schultoiletten kommen. Man kann sich auch bessere Investitionen für die LSBTI-Community vorstellen. So hat das Queere Jugendzentrum beispielsweise erst ein Jahr nach Eröffnung eine funktionsfähige Küche bekommen – über Spenden. Die CDU-Ratsfraktion hatte immerhin die Fördersumme für das Jugendzentrum seinerzeit deutlich höher angesetzt – denn wenn man es schon macht, dann auch richtig.



»Die Gemeinschaft stärkt den Rücken«

Zum ersten Mal nach rund 40 Jahren wird es in Deutschland keine Demonstration und kein Straßenfest zum Christopher Street Day geben. Was bedeutet das für die Community? Was bedeutet das für uns persönlich? In dieser neuen Mini-Serie erzählen die Mitglieder des LSU-Landesvorstands, was ihnen in diesem Jahr fehlt.

Jedes Jahr freue ich mich auf die CSD-Saison, um alle Freunde und Bekannte dieses Kreises wenigstens einmal im Jahr wiederzusehen, die ich seit Dekaden kenne. Meist verbleibt der Kontakt übers Jahr seit die Community nicht mehr so präsent im Partyleben ist. Hinzu kommt, dass man sich bei zufälligen Treffen auf der Straße nicht so unbefangen begrüßen und miteinander reden kann, wie auf einem CSD.

Die Gemeinschaft dort stärkt einem den Rücken für das Folgejahr, das mit allen immer noch bestehenden Anfeindungen vor einem liegt, wenn



man für seine Rechte eintritt. Seit fast zwanzig Jahren ist diese Kraftquelle für mich ein wichtiges Lebenselixier, was mir gerade beim letzten CSD in Hannover auf der Parade sehr bewußt wurde: Alle Erinnerungen an die vergangenen deutschen CSDs und Festivals kamen dabei hoch und in diesem Emotionsrausch – von Glücksgefühlen gemischt mit ernsten und traurigen Momenten – fühlt man sich wie zwanzig und will für einen Moment wieder die ganze Welt zum Besseren verändern...

Von Dirk R. Loeben

CSD auf dem Rad

So lief der CSD Northwest unter Corona-Bedingungen

Der CSD Northwest in Oldenburg war eigentlich schon abgesagt, doch dann zeigte sich einmal mehr die Kreativität der Community. Statt Demonstrationzug und Straßenfest gab es am 20. Juni eine Mahnwache auf dem Schlossplatz mit politischen Botschaften, sowie eine Fahrrad-Demo durch die Stadt.

„Trotz Corona-Krise bleiben wir sichtbar bei unserem gemeinsamen Engagement für Vielfalt“, schrieb auch die CDU in der Stadt Oldenburg. „Der CSD-Nordwest mag zwar als Demo dieses Jahr auf Sparflamme kochen, aber die Sache ist umso größer und wich-

tiger. Wir sind und bleiben dran und stehen der Community mit allen Organisationen der CDU-Familie als Gesprächspartner zur Verfügung – nur diesmal halt anders.“ Dank unseres Oldenburger LSU-Vorstandsmitglieds Daniel Kaszancs und seines Teams war die Unionsfamilie mit einem fabelhaften Banner vertreten. Unterstützt wurde die Aktion durch eine Videobotschaft der CDU/LSU/JU/RCDS-Clique.

Wie kürzlich bekannt wurde, soll sich auch der Hamburg Pride an Oldenburg orientieren und eine Fahrrad-Demo angemeldet haben.



»Vielfalt macht uns stärker und reicher«

Die CDU schenkt der Community Sichtbarkeit – trotz der Pandemie



»Ich sehe mit großer Sorge, dass in einigen europäischen Ländern die Rechte von LSBTI stark eingeschränkt werden, dass man dort Druck ausübt, beispielsweise in Polen und Ungarn, wo die Situation ganz besonders schlimm ist. Dem sollten wir auch ohne CSD ganz machtvoll entgegentreten. Unsere Solidarität ist dort mit allen Menschen, die betroffen sind. Wir haben euch nicht vergessen!«

Dirk Toepffer,
Vorsitzender CDU-Fraktion Niedersachsen

[Sende Deine Videobotschaft an:
niedersachsen@lsu-online.de](mailto:niedersachsen@lsu-online.de)



»Nicht nur ist New York der Hotspot der Corona-Pandemie, auch werden die USA erschüttert von einer furchtbaren Gewalttat. Das zeigt uns allen, dass der CSD nicht nur eine schrille und bunte Party ist, in einer Welt, in der Toleranz wie selbstverständlich jeden Tag von allen gelebt wird. Sondern dass das politische Anliegen des CSD, zu werben für Respekt voreinander, heutzutage wichtiger ist als jemals zuvor.«

Mareike Lotte Wulf,
Vorstand CDU-Fraktion Niedersachsen



»Vielfalt macht unsere bunte Republik Deutschland stärker und reicher zugleich.«

Christian Wulff,
Bundespräsident a.D.



»Krisenzeiten zeigen noch einmal, wo es nicht richtig läuft. Und wo es wirklich nicht richtig läuft, ist die noch immer diskriminierende Praxis bei der Blutspende.«

Rainer Fredemann,
CDU-Landtagsabgeordneter



»Dass das nicht selbstverständlich ist, wie wir leben können, merken wir zum einen durch die Corona-Pandemie. Wir merken das aber auch, wenn wir nach Ungarn oder Polen schauen. Wenn dort LSBTI-freie Zonen errichtet werden, müssen wir als Politik und als Gesellschaft klar Nein sagen. So etwas dürfen wir in unserer freiheitlichen Gesellschaft nicht zulassen.«

Kai Seefried,
Generalsekretär CDU in Niedersachsen

[Alle Videos zum CSD.digital:
https://bit.ly/CSDdigital2020](https://bit.ly/CSDdigital2020)



»Auch für mich gehört der CSD in Cloppenburg fest zum Terminkalender. Und in diesem Jahr wäre ich so gerne erstmalig in Oldenburg dabei gewesen, als neue Landesvorsitzende der CDU Oldenburg. Der Austausch zur Politik und die Sichtbarkeit der Probleme, die noch immer bestehen und die auch in manchen Teilen auch wieder größer werden, sind wichtig. Es ist eine bleibende Aufgabe.«

Silvia Breher,
Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands

Blutspende für Schwule bleibt kontrovers

Sollte die Richtlinie Hämotherapien überarbeitet werden?

Blutkonserven sind lebenswichtig und aktuell besonders selten. Doch Männern, die Sex mit Männern haben, sowie Transsexuellen wird die Möglichkeit, Blut zu spenden, besonders schwer gemacht. Mit offenbar vorurteilsbehafteten Argumenten in Bezug auf das Sexualverhalten dieser Gruppen werden sie laut Richtlinie der Bundesärztekammer von der Blutspende ausgeschlossen oder mit einer besonders langen Abstandszeit belegt – schwule Männer müssen zwölf Monate enthaltsam gelebt haben. Im politischen Raum wird auch aufgrund der Corona-Pandemie wieder intensiv über diese Praxis diskutiert. Das sind die wichtigsten Positionen:

Bundesregierung

Mit dem „Zweiten Bevölkerungsschutzgesetz“ hat der Bundestag Ende Mai auf Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) auch einen entscheidenden Passus im Transfusionsgesetz geändert. Darin wird die Bundesärztekammer nun eindeutig aufgefordert, die Rückstellung bestimmter Personengruppen bei der Blutspende regelmäßig zu überprüfen. Dabei sei auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse Rücksicht zu nehmen.

CDU-Fraktion Niedersachsen

Der Niedersächsische Landtag hat beschlossen, sich gegen die diskriminierende Praxis bei der Blutspende einzusetzen. Die CDU-Fraktion erklärte, man könne es sich nicht erlauben, auf nur einen einzigen Spender zu verzichten. Individuelles sexuelles Risikoverhalten solle und müsse selbstverständlich auch zukünftig zum Ausschluss von Blutspendern führen. Die bestehende Diskriminierung potentieller Blutspender aufgrund ihrer sexuellen Identität lehnt die Fraktion hingegen ab.

Bundesärztekammer

Seit 1998 regelt das Transfusionsgesetz, dass die Bundesärztekammer die Kriterien für die Blutspende aufstellen soll. Die Änderung am Transfusionsgesetz, kritisiert die Bundesärztekammer scharf. Die Richtlinie sei aktuell, behauptet die Kammer und betont: „Die Richtlinie Hämotherapie stellt – gerade auch mit Blick auf die schmerzlichen Erfahrungen der 1980er-Jahre mit dem sog. ‚HIV-Skandal‘ – die Sicherheit der Spender wie auch der Empfänger von Blut und Blutprodukten sicher.“

Lesben und Schwule in der Union

Der Bundesverband der Lesben und Schwulen in der Union sieht in der mit dem Bevölkerungsschutzgesetz beschlossenen regelmäßigen Überprüfung der Risikobewertung einzelner Spendergruppen zwar zunächst eine wichtige Klarstellung. Ob diese jedoch zielgerichtet im Sinne des Abbaus noch bestehender Diskriminierung von schwulen und bisexuellen Männern als Spendergruppen wirke, müsse sich auf Basis dieser Neuregelung in der Praxis beweisen.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In der jüngsten Plenardebatte zu diesem Thema sprachen für die Unionsfraktion Rudolf Henke (CDU) und Emmi Zeulner (CSU). Beide argumentierten dafür, sich mit der im Bevölkerungsschutzgesetz festgeschriebenen Formulierung zu begnügen. Wer zur Blutspende zugelassen wird, sei keine politische, sondern eine medizinische, epidemiologische Entscheidung, die von der Bundesärztekammer und vom Paul-Ehrlich-Institut zu treffen sei.

JU Deutschlands

Die JU will, dass niemand aufgrund seiner Sexualität generell von der Blut-, Plasma- und Stammzellspende ausgeschlossen wird, erklärt die JU. Die aktuelle Gesetzeslage erlaube Homo- und Transsexuellen zwar die Blutspende, allerdings müssten diese Menschen dafür ein Jahr auf Sex verzichten. Die JU sagt: Das geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. Die Richtlinie sei so anzupassen, dass das individuelle Verhalten entscheidet.



Selbstbestimmung für alle

Das sagen die Unionsabgeordneten zum Vorschlag der Opposition

Das Transsexuellengesetz aus dem Jahr 1981 muss überarbeitet werden. Die Grünen im Bundestag haben mit einem gewagten Entwurf der Debatte nun neuen Schwung verliehen. Auch FDP und Linke haben Anträge zum Thema eingebracht.

Die Grünen schlagen vor, das Transsexuellen aufzuheben und durch ein „Selbstbestimmungsgesetz“ zu ersetzen, zudem soll das Personenstandsgesetz geändert werden. Demnach soll jede Person den eigenen Geschlechtseintrag einfach beim Standesamt ändern lassen können. Nach vollumfassender medizinischer Aufklärung soll zudem die Geschlechtsangleichung gestattet werden. Für Trans- und Intersexuelle soll der medizinische Eingriff sowie die Hormontherapie eine Kassenleistung werden. Zwangsoperationen an intersexuellen Kindern sollen verboten werden. Die Grünen schlagen außerdem eine Stärkung des Offenbarungsschutzes vor. Es soll einen Anspruch auf wohnortnahe Beratungsangebote geben, den die Länder sicherzustellen haben. In Geburtsurkunden soll außerdem künftig das nach dem geänderten Personenstandsrecht angegebene Geschlecht und der geänderte Name eingetragen werden.

Wie bewertet die CDU/CSU diese Vorschläge?

Marc Henrichmann:

„Ja, das TSG ist überarbeitungsbedürftig; das habe wir nach den Beratungen zum dritten Geschlecht auch einvernehmlich so festge-



stellt. Ich glaube aber, dass in den beiden Gesetzentwürfen, die zur Beratung vorliegen, der Begriff der Selbstbestimmung in weiten Teilen überdehnt wird [...] denn das Geschlecht ist für den Gesetzgeber nicht irgendwas. Das sagt das Bundesverfassungsgericht: Das Geschlecht sei maßgeblich für die Zuweisung von Rechten und Pflichten und für die familiäre Zuordnung [...] Ich glaube, der Staat hat eine Schutzfunktion. Ja, er muss Diskriminierung abbauen, und darüber müssen wir reden. Aber der Staat hat auch den Anspruch und das Recht, seine staatlichen Interessen zu wahren. Er kann nicht zusehen, wenn staatlicher Schutz auf null heruntergefahren wird. Deswegen werden wir beraten; wir werden das weiter tun. Aber diese Gesetzentwürfe sind leider nicht mehr als eine Beratungshilfe.“

Paul Lehrieder: „Ich kann nur erahnen, welche enorme Belastung es sein muss, im falschen Körper zu stecken. Ich möchte jedem Menschen, der sich in solch einer persönlichen Situation befindet, ausreichend Kraft und ein stabiles und unterstützendes Umfeld wünschen [...] Ein solch sensibles und persönliches Thema erfordert von uns Politikern auch ganz besonderes Fingerspitzengefühl und besondere Sorgfalt im Hinblick auf die gesetzgeberische Tätigkeit, eine Sorgfalt, die allerdings – und da muss ich jetzt ein bisschen kritisieren – die Kollegen der Linken beim Schreiben ihres Antrags leider haben



vermissen lassen. Wichtiger als eine finanzielle Entschädigung ist doch zunächst, dass wir wie vorgesehen eine Regelung zum Verbot von geschlechtsangleichenden Operationen auf den Weg bringen und sie nur dort erlauben, wo sie medizinisch, also aus gesundheitlichen Gründen, unbedingt notwendig sind. Genau das haben wir im Koalitionsvertrag auf Seite 21 so normiert.“

Bettina M. Wiesmann:

„Es geht um die Neuorientierung, das Zu-sich-selbst-Kommen eines Menschen, den es bereits gibt. Dieser Prozess muss begleitet werden von entsprechend ausgebildeten Personen, die mit Kenntnis über psychische und somatische Vorgänge den Transpersonen dabei helfen, Entscheidungen im vollen Ernst zu treffen, auch im Bewusstsein von Schwierigkeiten und davon, wie sie überwunden werden können. Denn diese Entscheidungen sollen ihr künftiges Leben deutlich verändern, und zwar zum Besseren [...] Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen eigenartigen Widerspruch im Gesetzentwurf der Grünen ansprechen. Sie fordern zu Recht – da sind wir uns ja alle einig –, dass geschlechtsverändernde Operationen an Kindern unter 14 Jahren von den Eltern nicht gestattet werden dürfen. Vielleicht sollten dann aber auch transidente Eltern den Geburtseintrag ihres Kindes nicht einfach ändern dürfen, wie Sie es vorschlagen. Vielleicht sollte das Kind dabei auch eine Rolle haben.“

